

**Deutsche Nachwuchsgesellschaft für Politik- und  
Sozialwissenschaft e.V. (Hg.)**

# **Protest und Demokratie - Politische Soziologie**

**1. und 2. Studentische Fachtagung der Deutschen  
Nachwuchsgesellschaft für Politik- und  
Sozialwissenschaft**



tredition®

www.tredition.de

© 2013 Deutsche Nachwuchsgesellschaft für Politik- und Sozialwissenschaft e.V.

Umschlaggestaltung, Illustration: Sören Ellerbeck | Sebastian Kabst

Verlag: tredition GmbH, Hamburg

ISBN: 978-3-8495-0388-8

Printed in Germany

Das Werk, einschließlich seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages und des Autors unzulässig. Dies gilt insbesondere für die elektronische oder sonstige Vervielfältigung, Übersetzung, Verbreitung und öffentliche Zugänglichmachung.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Univ.-Bibl.  
Bamberg

LIX 69 264

# Inhaltsverzeichnis

## Teil I

*Julia Kümper und Felix Petersen*

Vorwort zur 1. Studentischen Fachtagung „Protest und Demokratie“ 9

*Kai Mürlebach*

Irritierender Protest 13

*Benjamin Möller*

„Protest“ ohne Öffentlichkeit? – Zur Möglichkeit demokratischer Transformation jenseits „demokratischer“ Institutionen 27

*Felix Petersen*

Führt jede Revolution zur Demokratie? Theoretische Überlegungen zum Verhältnis von Protest und gesellschaftlichem Wandel 43

*Jasper von Alemann und Jasper Finkeldey*

Protestbewegungen im Spiegel des Politischen nach Chantal Mouffe 61

*Torben Fischer*

Die „Wende“ als Kehrtwende – Christoph Heins literarischer Protest gegen die Essentialisierung von „1989“ 79

*Volker Trotte*

Per I-Voting zum Parlament – Kann das estnische I-Vote-System in Deutschland angewandt werden? 97

## Teil II

*Jasmin Fitzpatrick und Mira Hassan*

Vorwort zur 2. Studentischen Fachtagung „Politische Soziologie“ 117

*Nadja Olloz*

Frames und Symbole der Indignad@s in Bilbao 121

*Arndt Leininger*

The paradox of voting. Can rational choice explain turnout? 141

*Alexander Wuttke*

Die Prekarität des Partizipationsversprechens der Piratenpartei 157

Die AutorInnen

175

# Die Prekarität des Partizipationsversprechens der Piratenpartei

*Alexander Wuttke*

## Professionalisierung und Selbstregierung aus dem Blickwinkel der Oligarchisierungstheorie Robert Michels

Die Etablierung der Piratenpartei als neuer Kraft im Parteienspektrum ist gesellschaftliches Krisensymptom und -reaktion zugleich. Die Transmission der hochdynamischen Interessens- und Meinungsvielfalt spätmoderner Demokratien in den politischen Prozess scheint aus dem Takt und die Responsivität des politischen Systems ins Wanken geraten. Die Gleichzeitigkeit der Zunahme von Komplexität und der Beschleunigung politischer Entscheidungen verläuft diametral zu den trägen Verhandlungsprozessen demokratischer Institutionen (Lamla/Rosa 2012:175-8). Die „Zeitkrise des Politischen“ (Korte 2011) bedeutet nicht nur eine Herausforderung für die handelnden Entscheidungsträger, sondern zehrt an der Rückbindung des Politischen an den Souverän. Die „Desynchronisation zwischen dem etablierten demokratisch-politischen Prozess und der soziokulturellen Entwicklung“ (Lamla/Rosa 2012:178) verlangt nach neuen Formen und Verfahren politischer Partizipation in der beschleunigten Demokratie.

Scheinbar aus dem Nichts kommend übernahm die Piratenpartei als neue, unverbrauchte Kraft die Funktion einer Artikulationsinstanz der unrepräsentierten Forderungen nach neuen Formen der Beteiligung (Onken/Schneider 2012). Sie re-aktualisiert das Versprechen der Demokratie auf das Ideal politischer Gleichheit (Siri 2012; Borchert 2012). Der repräsentativen, auf vereinzelte Wahlakte beschränkten Demokratie setzt sie das Konzept der „Liquid Democracy“ entgegen, nach der der Einzelne selbst entscheidet, worüber er entscheidet. Ihre Antwort auf die „Zeitkrise des Politischen“ ist die Digitalisierung des Politischen. Mit der Imple-

mentierung digitaler Partizipationstechniken und einer neuartigen Form von Parteiorganisation verspricht die Partei sowohl die Qualität getroffener Entscheidungen zu erhöhen als auch die Beteiligung auf eine breitere Basis zu stellen. Glaubwürdig erscheinen sie, weil sie die Verheißung mehr Demokratie zu wagen, in der eigenen Partei (vor)leben wollen. Die Partei selbst – ihr institutioneller Aufbau, ihre Formen digitaler und egalitärer Willensbildung und ihr Prinzip der Gleichberechtigung Aller– soll Prototyp eines gesellschaftlichen Modells sein, das dem Einzelnen eine neue Qualität von Teilhabe ermöglicht.

### **Robert Michels und die Piratenpartei**

Mit ihrer innerparteilichen Demokratisierungsstrategie unternimmt die Piratenpartei bewusst oder unbewusst den Versuch, eine der Gründungstheorien der empirischen Parteienforschung durch eigene Praxis widerlegen. In „eine[m] der einflussreichsten Bücher des 20. Jahrhunderts“ (Lipset 1962:20) hatte der deutsch-italienische Soziologe Robert Michels (1911) jede Hoffnung auf die Möglichkeit innerparteilicher Demokratie für vergebens erklärt. Denn im Wesen der Organisation selbst liege ein „ehernes Gesetz der Oligarchie“ begründet, nach dem sich in jeder politischen Partei eine herrschende Minorität über eine beherrschte Majorität erheben würde. Zwangsläufig verkomme die Basis zum Spielball einer übermächtigen Parteiführung und die Massensouveränität verkümmere auf rein proklamatorische Funktionen beschränkt zu einem formalen Relikt in den Paragraphen der Parteistatuten, während in der Organisationswirklichkeit die Parteiliten den Kurs der Partei nach Belieben bestimmten.

Zwar erwies sich der rigorose Determinismus Michels nicht als haltbar. Er hatte die Dynamik und Komplexität innerparteilicher Machtbeziehungen unterschätzt (Panebianco 1988; Beyme 2000:144; Pfetsch et al. 2003:486–506; Linz/Chehabi 2006; Bluhm/Krause 2012). Nicht ohne Grund ist die Theorie Robert Michels dennoch

bis heute ein „primärer Bezugspunkt“ (Niedermayer 1993:230) der Politikwissenschaft geblieben. Denn trotz berechtigter Kritik an seinen theoretischen Annahmen und methodischen Mängeln erwiesen sich Michels Prognosen in mancherlei Hinsicht als überaus weitsichtig. Die von der Party-Change-Forschung nachgezeichneten Wandlungstrends von Parteiorganisationen unterstreichen die von ihm aufgezeigten Wandlungstendenzen politischer Parteien: Entmachtung der Basis, Professionalisierung von Parteikommunikation und -strategiesetzung und eine Vormachtstellung der Parteiliten insbesondere in der „party in public office“ (Wiesendahl 2010:111-114). Dass dieser Organisationswandel entsprechend dem von Michels postulierten evolutionären Charakter politischer Parteien verläuft, zeichnet Eike-Christian Hornig theoretisch nach und zeigt, „dass sich die ideal- und realtypische Entwicklung stringent auf die Entkopplung von Mitgliedschaft und Elite [...] zubewegt hat“ (Hornig 2008:60). Die von Michels aufgezeigten Oligarchisierungsmechanismen scheinen so tief in das Wesen moderner Organisationen verwoben zu sein, dass seine These eines „ehernes Gesetzes der Oligarchie“ zumindest als „bronzenes Gesetz“ (Sartori 1992:157) Bestand hat und auch heute innerparteilichen Demokratisierungsversuchen entgegenläuft.

Im Folgenden will ich daher eine Annäherung an die Einlösbarkeit des Partizipationsversprechens der Piratenpartei vor dem Hintergrund der Theorie Robert Michels unternehmen. Ich werde mich dabei mit der Konzentration auf die technisch-administrativen Faktoren der Michelsschen Oligarchisierungstheorie auf zwei ausgewählte Argumente Michels (Machtasymmetrien durch Spezialisierung und die Unmöglichkeit der Selbstregierung) beschränken, die auch in der gegenwärtigen Parteienlandschaft eine hohe Plausibilität aufweisen.

Meine Analyse stützt sich auf leitfadengestützten Experteninterviews mit Piraten verschiedener Hierarchieebenen und teilnehmende Beobachtungen von Online- und Offline-Gremien der Piratenpartei.

## Spezialisierung und Professionalisierung

Das Prinzip der Organisation ist nach Michels die „conditio sine qua non“ (Michels 1911:25) eines jeden demokratischen Zweckverbundes „als des einzigen Mittels zur Erzeugung eines Gesamtwillens“ (Michels 1911: 24). Analog zur Bürokratisierungstheorie Max Webers argumentiert Michels, dass jede Organisation ab einer gewissen Größe zwangsläufig der Professionalisierung und Spezialisierung bedürfe, um der steigenden Komplexität gerecht zu werden. Damit würde Herrschaftswissen (über formale Instanzenwege, politische Praktiken etc.) in den Händen der Parteielite gebündelt, die ihr Monopol vor dem Zugang Anderer abschirmen, sodass mit zunehmender Amtsdauer von Funktionsträgern ein herrschaftsstabilisierender Kreislauf entstünde.

Diesem Mechanismus versucht die Piratenpartei mehrstufig zu begegnen. Die Entstehung individuellen Herrschaftswissens will die Partei mit dem "engagierten Amateurstatus" (Bieber 2012:28) ihrer Mitglieder begegnen. Dennoch entstehende Informationsasymmetrien sollen durch digitale Mittel der Wissensdiffusion ausgeglichen werden. Hier werde ich als prominente Methode insbesondere die Transparenz öffentlicher Sitzungen dahingehend betrachten, inwieweit sie als Instrument zum Ausgleich von Machtungleichheiten geeignet scheint.

### *Do-It-Yourself-Kultur als Substitutionsversuch einer professionalisierten Parteibürokratie*

Die Arbeitsorganisation der Piratenpartei als „privilegienfreie Mitmachpartei“ (Hartleb 2012:2) ist niedrigschwellig und vergleichsweise informell angelegt. Der Verzicht auf steuernde Leitgremien eröffnet den Mitgliedern große Freiräume zur Eigeninitiative, sodass sich in der Partei eine ausgeprägte Do-It-Yourself-Mentalität entwickelt hat. Solange es nicht dem „gesunden Menschenverstand“ oder Parteibeschlüssen zuwiderläuft, steht es jedem Piraten frei im Rahmen des sogenannten „piratigen Mandats“ auch ohne Gremienbeschluss im Sinne der Piratenpartei tätig zu



werden.<sup>1</sup> Den Mitgliedern wird viel zugetraut – aber auch viel abverlangt. Die Piratenpartei dürfte eine der wenigen Parteien sein, die nicht nur Mitgliedsrechte, sondern auch die Pflicht zur Mitarbeit in ihrer Bundessatzung formal verankert hat: „Jeder Pirat hat das Recht *und die Pflicht* [...] sich an der politischen und organisatorischen Arbeit der Piratenpartei Deutschland zu beteiligen“ (Piratenpartei Deutschland 2012, Herv. v. Autor).

Diese Do-It-Yourself-Kultur ermöglicht es organisatorische und administrative Aufgaben, die in politischen Parteien für gewöhnlich durch Parteiangestellte ausgeführt werden, durch die Arbeitskraft Ehrenamtlicher zu substituieren. Service-Gruppen kümmern sich um die Partei-IT, die Pressearbeit sowie Mitglieder- und Finanzverwaltung. In Nordrhein-Westfalen sorgt gar eine AG „Schnittchen“ für die Verpflegung auf Mitgliederversammlung.<sup>2</sup> Jedoch sind auch unbezahlte Service- und Arbeitsgruppen Formen der Spezialisierung, die zur Anhäufung privater Wissensbestände führen. Ein Parteimitglied wies darauf hin, dass sie sich zu "kleinen Königreichen" (Popp 2012) entwickelt hätten, die sich zunehmend abschotteten. Zudem ist angesichts des anhaltenden Parteiwachstums bereits absehbar, dass das Ehrenamtsprinzip an seine Grenzen stoßen wird (Niedermayer 2012:89). Die Piratenpartei vermag also Professionalisierungs- und Spezialisierungstendenzen abzumildern, aber nicht grundsätzlich aufzuheben.

### *Wissensdiffusion und die Fragilität des Transparenzgebots*

Damit parteiinternes Wissen nicht einem exklusiven Kreis vorbehalten bleibt, bedient sich die Piratenpartei diverser technischer Instrumente (dazu ausführlich Bieber/Lewitzki 2012a). Im Mittelpunkt steht dabei das Piraten-Wiki<sup>3</sup>, das einer Zentralbibliothek

---

<sup>1</sup>Vgl. <http://andipopp.wordpress.com/2012/10/24/basisvektor-folge-3-das-piratige-mandat/>,  
<https://mobile.twitter.com/sekor/status/240792526003527681?>

<sup>2</sup><http://wiki.piratenpartei.de/NRW:Arbeitsgruppe/Schnittchen>.

<sup>3</sup><http://wiki.piratenpartei.de/>.

der Partei gleicht. Hier finden sich sämtliche Statuten und Parteitagsunterlagen. Kandidaturen und Anträge<sup>4</sup> werden hier im Vorfeld von Parteitag präsentiert und diskutiert. Es enthält ein Spendenregister<sup>5</sup>, eine öffentliche Buchführung<sup>6</sup> mit aktuellen Kontobewegungen und Mitgliedsständen sowie Terminübersichten. Insgesamt umfasst das Wiki knapp 50.000 Seiten.<sup>7</sup>

Vor allem ist das Wiki ein Instrument zur öffentlich zugänglichen Archivierung der Sitzungsprotokolle aller Organisationseinheiten der Partei. In der Piratenpartei ist die Öffentlichkeit von Sitzungen der Regelfall und gilt sowohl für die Gremien der Partei als auch für Sitzungen der Parlamentsfraktionen. Das Gebot öffentlicher Sitzungen als sachlicher Entparadoxierungsversuch potenzieller Oligarchisierungsprozesse erprobten die Grünen bereits in den 80er Jahren (Brodocz et al. 2012:282f). Anders als damals ermöglichen digitale Werkzeuge heute eine neue Qualität in der Etablierung öffentlicher politischer Arenen. Während in unteren Parteebenen in der Regel ein schriftliches Ergebnisprotokoll veröffentlicht wird, erlaubt die audio-visuelle Aufzeichnungsform –oft auch als Live-Übertragung– auf höheren Parteebenen darüber hinaus den Entscheidungsfindungsprozess selbst nachzuvollziehen. Erst dadurch wird die Rekonstruktion von Sinnzusammenhängen und die Interpretation des politischen Prozesses und dessen Ergebnisse möglich (Knobloch 2011). Idealerweise durchbricht die Transparenz politischer Praktiken die Barriere zwischen Insidern und Outsidern, verringert die Informationsasymmetrie zwischen Parteilite und Parteibasis und schafft damit eine Grundbedingungen unvermachteter Diskurse.

Wird Transparenz jedoch in diesem Sinne als Instrument der Herrschaftskontrolle verstanden, ergibt sich ein zumindest latentes

---

<sup>4</sup><http://wiki.piratenpartei.de/Antragsfabrik>.

<sup>5</sup>[http://wiki.piratenpartei.de/Finanzen/Spenden\\_2012](http://wiki.piratenpartei.de/Finanzen/Spenden_2012).

<sup>6</sup><http://wiki.piratenpartei.de/Finanzen>.

<sup>7</sup><http://wiki.piratenpartei.de/Statistik>, Stand: 05.11.12.

Interesse der Parteiliten sich der Kontrolle eigenen Handelns zu entziehen. Es stellt sich die Frage nach der Durchsetzbarkeit des Transparenzgebotes, wobei formale und informelle Umgehungsstrategien denkbar sind. In der Piratenpartei ist der Gültigkeitsbereich des Transparenzgebotes unbestimmt. In den Sitzungen der Landtagsfraktionen hat sich die Aufteilung in einen öffentlichen und einen nicht-öffentlichen Teil etabliert, in dem beispielsweise über die Auswahl und Anstellung neuer Mitarbeiter entschieden wird. Der Versuch einer Spezifizierung und Kodifizierung des Transparenzgebotes wurde bisher nicht unternommen. Die konkrete Umsetzung des Transparenzgebotes ist unregelt und beruht auf Gewohnheiten und diffusen Normen. Die Grenzziehung zwischen öffentlichen und nicht-öffentlichen Beratungen ist das Resultat spontaner Ad-hoc-Entscheidungen. So liegt die Umsetzung und Ausgestaltung dieses Instrumentes der Herrschaftskontrolle in den Händen der zu Kontrollierenden. Praktisch gesprochen: Jede Fraktion entscheidet für sich, wann sie den Live-Stream an- und abschaltet. Transparenz ist damit latent willkürlich und manipulationsanfällig.

Auch bei formaler Befolgung des Transparenzgebotes bleibt die Möglichkeit eines schleichenden Substanzverlustes der in öffentlichen Arenen verhandelten Fragen virulent. Welches Interesse haben die der allgemeinen Kontrolle unterliegenden Akteure heikle Personal- oder Sachfragen nicht in geschlossenen Zirkel „vorzudiskutieren“ und damit die eigentlichen Meinungsbildungsprozesse in intransparente Nebenarenen zu verlagern? Öffentliche Arenen laufen die Gefahr ihren Charakter als Räume nichtvorstrukturierter Diskurse zu verlieren und zu Kulissen orchesterter Schaufensterreden zu degenerieren. Öffentliche Sitzungen verkämen so zu einem Torso, der den formalen Anforderungen als beschlussfassendes Gremium zwar gerecht wird, informell aber die eigentlichen mit dem Transparenzgebot verfolgten Ziele unterläuft.

Dass diese Überlegungen nicht bloße Theorie sind, zeigt das Beispiel der Berliner „Geheim-Klausurtagung“ im Juni 2012. Ohne vorherige Ankündigung tagte die Abgeordnetenhausfraktion meh-

rere Tage hinter verschlossenen Türen (formale Umgehung des Transparenzgebotes) und beschloss eine umfassende Organisationsreform wie den Umbau der Fraktionsführung in eine Doppelspitze.<sup>8</sup> Auf Druck der Basis wurde die Wahl der neuen Fraktionsvorsitzenden zwar öffentlich durchgeführt. Ihr Ergebnis stand jedoch bereits vor dem Wahlgang auf Grund informeller Absprachen der Fraktionsmehrheit fest (informelle Umgehung), sodass selbst ein Fraktionsmitglied von einer „abgekaterten“ Wahl sprach, die einer „Farce“ gleichkomme.<sup>9</sup>

Die latente Fragilität und Manipulationsanfälligkeit des Transparenzgebotes in seiner gegenwärtigen Unbestimmtheit als nicht sanktionsfähige Norm begrenzt seine Wirkung als Instrument der Elitenkontrolle. Nichtsdestotrotz verringert die im Parteienvergleich hohe Nachvollziehbarkeit parteiinterner Entscheidungsprozesse die Informationsasymmetrie zwischen Parteielite und Parteiliste, macht Entscheidungen der Führungsgremien persönlich zu rechenbar und scheint geeignet die Verantwortlichkeit und Responsivität der Parteieliten zu erhöhen.

## Die praktische Unmöglichkeit der Selbstregierung

Als Hauptargument für das „eiserne Gesetz der Oligarchie“ führt Michels die praktische Unmöglichkeit der Selbstregierung eines (Partei-) Volkes an. Nicht nur seien die meisten Mitglieder überfordert, sich zu jeder Sachfrage eine Meinung zu bilden. Auch wäre die physische Zusammenkunft aller Mitglieder zur gemeinsamen Beratung und Entscheidung ab einer gewissen Organisationsgröße nicht mehr durchführbar, sodass bei anhaltendem Orga-

---

<sup>8</sup>Vgl. <http://www.tagesspiegel.de/berlin/transparenz-ade-berliner-piraten-tagen-hinter-verschlossenen-tueren-/6767984.html> und <http://www.piratenfraktion-berlin.de/2012/06/21/fraktionsklausur-in-potsdam-und-fraktionssitzung-am-22-juni-2012/>, Stand: 10.08.12.

<sup>9</sup>Vgl. <https://fraktion.piratenpad.de/ao-Fraktionssitzung-2012-06-22?>, Stand 09.08.12.

nisationswachstum die Einführung eines Delegationssystems schon aus praktischen Erwägungen unausweichlich werde. Als Principal-Agent-Theoretiker avant la lettre hielt er die Bindung des Delegierten an die Interessen der Vertretenen für unmöglich, so dass „mit der Beendigung des Wahlaktes die Macht der Delegierenden über ihre Delegierten ihr Ende erreicht“ (Michels 1911:133), womit die „Herrschaft der Vertreter über die Vertretenen“ (Michels 1911: 133) eingeleitet sei. Jedes Delegationsprinzip sei der Todesstoß innerparteilicher Demokratie, weil es „gleichzeitig Ausdruck und Vernichtung der Massensouveränität“ (Michels 1911: 130) sei.

Michels spricht damit den meisten Piraten aus der Seele. Dem Konzept der „Liquid Democracy“ entsprechend, nach dem jeder darüber entscheiden kann, worüber er entscheiden will, gehört die Ablehnung des Delegationsprinzips zum Grundkonsens der Partei. Die nicht vertretbare Souveränität des Mitglieds ist als Heiligtum der Piratenpartei sakrosankt und spiegelt sich in der Organisationsstrukturen der Partei wieder.

Da auch die Piratenpartei den Vorgaben des Parteiengesetzes Rechnung tragen muss, entspricht der Organisationsaufbau der Piratenpartei auf den ersten Blick der klassischen, territorial gegliederten Strukturhierarchie anderer Parteien. Auf der realen Arbeitsebene gleicht die Parteistruktur dagegen einem dynamischen Netzwerk, dessen oft kurzlebige Elemente mit komplexen, wechselnden Querverbinden untereinander verknüpft sind. Die Parteiarbeit wird in informellen, von einzelnen Mitgliedern initiierten Zusammenschlüssen erledigt, die nur lose mit den offiziellen Parteiorganen verknüpft sind. Diese freiwilligen Zusammenschlüsse kennen in der Piratenpartei verschiedene Organisationsformen: Squads, Crews, Projekt-, Arbeits- und Servicegruppen, Stammtische sowie BarCamps und andere Dialog-Formate. Jedes Mitglied schafft sich seine Organisationsumwelt selbst: Wer zu einem Thema arbeiten möchte, schließt sich mit Gleichgesinnten zusammen – beispielsweise zur Gründung einer Arbeitsgruppe. Ist den Mitgliedern die Lust am Thema wieder vergangen, geht die Arbeitsgrup-

pe in einen Status der Inaktivität über und wird möglicherweise zu einem späteren Zeitpunkt wieder erweckt. Dieses Panorama der Partizipationsangebote erlangt ihre volle Funktionsfähigkeit durch die digitale Vernetzung der Mitglieder. Mailing-Listen, Blogs, Foren sowie Kommunikations- und Kollaborationssoftwares machen die funktionale Ergänzung der Offline- und Online-Sphären möglich und schaffen trotz der nur losen formalen Vernetzung der Arbeitseinheiten einen zusammenhängenden Diskursraum (Bieber/Lewitzki 2012b:231).

Peter Lösche (1993) beschrieb am Beispiel der SPD vor etwa zwanzig Jahren moderne Parteien als „lose verkoppelte Anarchien“. In der Piratenpartei scheint diese Charakterisierung mit Blick auf die sich dynamisch wandelnden, gleichrangig nebeneinander stehenden, autonomen Arbeitseinheiten ihre Erfüllung zu finden. Dies gilt jedoch nur für die Arbeits- und Diskussionsstrukturen, nicht für die Entscheidungsstrukturen. Der effektive Einfluss der bisher geschilderten Arbeitsweisen und Organisationsformen endet nämlich an der Schwelle verbindlicher Beschlüsse. Was die dargestellten Organisationseinheiten eint, ist ihre Unverbindlichkeit. Sie arbeiten für die Partei, aber nicht in ihrem Namen. Sie ermöglichen das Mitmachen, nicht das Mitentscheiden.

### *Mitgliederversammlung als einzigem Ort der Entscheidungsfindung*

Um ihrem Prinzip treu zu bleiben, jedes Mitglied an allen Entscheidungen zu beteiligen und auch bei der Wahl ihrer Vorstände keine Macht abzutreten, sind den Führungsgremien der Partei Fesseln angelegt. Ihre Aufgabe –auf Kreis-, Landes-, oder Bundesebene– beschränkt sich auf die Repräsentanz der Basisbeschlüsse und die Verwaltung der laufenden Arbeit. Eigenständige Beschlüsse politischer Positionen sind ihnen nicht gestattet. In der öffentlichen Kommunikation können sie lediglich auf bestehende Beschlussfassungen verweisen und müssen bei aktuellen, von Parteitagern noch nicht behandelten Themen stumm bleiben. Sie verfügen zwar über eine große mediale Präsenz, können diese aber nicht zur Durchsetzung einer eigenen Agenda nutzen ohne den massiven Wider-

spruch der Mitgliedschaft beispielsweise in Form sogenannter shitstorms zu riskieren. Die egalitäre Organisationskultur und die digitalen Kommunikationstechniken gehen hier Hand in Hand. In ihrem Zusammenwirken entsteht ein „diffuse[s] Machtkorrektiv, das in der deutschen Parteienlandschaft in dieser Form einzigartig sein [dürfte]“ (Bieber/Lewitzki 2012:244). Die Kreis-, Landes- und Bundesvorsitzenden der Piratenpartei sind Kapitäne ohne Steuerad. Sie müssen sich auf ihre Funktion als Resonanzverstärker der Basis beschränken.

Da somit weder die Parteivorstände noch die oben genannten informellen Arbeitseinheiten über formale Entscheidungskompetenzen verfügen, verbleibt die Mitgliederversammlung bzw. der Parteitag als einziges Parteigremium mit verbindlicher Entscheidungsbefugnis. Auf den Parteitag wird auf das Delegationsprinzip verzichtet und jedes Mitglied verfügt über Stimm-, Antrags- und Rederecht. Die Rechte eines Piraten auf einem Parteitag leiten sich nicht aus formalen Ämtern in der Parteihierarchie oder der Zugehörigkeit zu einer Organisationseinheit ab, sondern begründen sich in seiner Eigenschaft als Mitglied selbst. Zwischen den Parteitagen können daher –von unstrittigen Marginalien abgesehen– keine Entscheidungen gefällt werden. Um auch in diesem Zeitraum der Basis Gehör zu verschaffen wird auf technische Werkzeuge zurückgegriffen. Das bekannteste von ihnen ist Liquid Feedback.

### *Liquid Feedback: Potenzielle Innovation ohne Relevanz*

Liquid Feedback ist eine internetbasierte Diskussions- und Abstimmungssoftware zur Gewinnung von Meinungsbildern über politische Sachfragen (z. B. Jabbusch o. J.). Liquid Feedback soll das Michelssche Delegationsparadox, nachdem Vertretungssysteme demokratiefeindlich und zugleich in demokratischen Systemen unumgänglich seien, auflösen. Liquid Feedback hebt die Notwendigkeit physischer Versammlung auf und erlaubt raum- und zeitunabhängige Entscheidungsprozesse. Die Funktion des „Delegated Voting“ soll mittels themenspezifischer Stimmdelegationen einer

Überforderung der Mitglieder vorbeugen. Dabei kann jedes Mitglied festlegen, über welche Themenbereiche er selbst entscheiden möchte und welche Entscheidungen er auf Zeit mit der Option jederzeitiger Abberufbarkeit einem von ihm ausgewählten Dritten überlässt. So bewegt sich Liquid Feedback zwischen einem Repräsentationssystem und dem Konzept eines imperativen Mandats (Buck 2012).

In dieser Hinsicht stellt Liquid Feedback eine eindrucksvolle Innovation dar, die potenziell zur Überwindung des Principal-Agent-Problems in modernen Großorganisationen beitragen könnte. Abgesehen von grundsätzlichen Einwänden gegenüber digital vermittelter Formen deliberativer Demokratie (Buck 2012), bleibt Liquid Feedback vor dem Hintergrund unserer Fragestellung jedoch schon deswegen ohne weitere Relevanz, da die Piratenpartei den dort getroffenen Entscheidungen lediglich den Status eines unverbindlichen Meinungsbildes zubilligt und es damit für die Untersuchung innerparteilicher Machtstrukturen zumindest gegenwärtig weitgehend bedeutungslos ist.<sup>10</sup>

Somit steht Liquid-Feedback wie auch die unzähligen anderen informellen Arbeitseinheiten des weit verzweigten Piraten-Netzwerks unverbunden neben formalen Beschlussgremien des Parteiengesetzes. Die Schwelle von der Sphäre der Beratung in die Sphäre der Entscheidung bleibt eine konzeptionelle Leerstelle. Als einziges Beschlussorgan verbleibt die halbjährliche Mitgliederversammlung. Bis die Partei ihre technischen Möglichkeiten nutzt um den Flaschenhals der physischen Mitgliederversammlung zur

---

<sup>10</sup> Als erster und bisher einziger Landesverband beschloss am 08.07.2012 der Landesparteitag Mecklenburg-Vorpommern einstimmig, den Landesparteitag als ständige Versammlung sowohl einmal jährlich als Realversammlung als auch fortlaufend online nach den Prinzipien der Liquid Democracy durchzuführen. Durch diesen juristischen Winkelzug erhofft man sich die Vorgaben des Parteiengesetzes zu erfüllen. Die Umsetzung des Beschlusses wird jedoch erst im Jahr 2013 beginnen. Die nötige satzungsändernde 2/3-Mehrheit für einen entsprechenden Beschluss auf Bundesebene ist gegenwärtig unwahrscheinlich.



überwinden, ergibt sich die paradoxe Situation maximaler Mitgliedsrechte bei minimalen Gelegenheiten diese zu nutzen.

## **Einordnung und Ausblick**

Der vorliegende Beitrag sollte keine abschließende Analyse der demokratischen Verfasstheit der Piratenpartei vornehmen. Viele partizipationsförderliche Organisationsmerkmale wie die egalitäre Organisationskultur, die democracy-seeking als eigenständiges Parteiziel begreift, institutionalisierte Formen der Autoritätskritik, gering ausgeprägte Statusdifferenzen oder partizipationsförderliche Wahl- und Entscheidungsmodi wurden hier nicht näher beleuchtet.

Als reflexiver Entparadoxierungsversuch der Michelsschen Oligarchisierungstendenzen kann die Partei durchaus wirksame Gegenstrategien entwickeln. Die ausgeprägte Do-It-Yourself-Kultur verspricht in ihrer Kombination mit geeigneten Instrumenten der Wissensdiffusion durchaus Professionalisierungs- und Spezialisierungstendenzen zu hemmen und die machtstabilisierende Wirkung von Herrschaftswissen zu begrenzen. Gleichwohl wurde zum einen die Fragilität des Transparenzgebotes deutlich sowie die absehbare Entwicklung, dass die genannten Maßnahmen Professionalisierungs- und Spezialisierungstendenzen zwar abmildern aber nicht grundsätzlich aufheben können.

Insbesondere die Organisationsstruktur, die eine Antwort auf das Michelssche Delegationsproblem sein sollte, erweist sich aber als Scheinlösung, die mehr Probleme schafft als sie löst.

Zunächst scheint die Parteistruktur der Piraten ihre basisdemokratischen Prinzipien institutionell abzubilden. Die Organisationsziele enden nicht mit einer Verwirklichung flacher und durchlässiger Strukturhierarchien. Die Auflösung der Hierarchie selbst, einer festen Ordnungsstruktur überhaupt ist das Ziel. An ihre Stelle tritt ein dynamisches Netzwerk gleichrangiger Organisationseinheiten, das durch die Einbindung digitaler Kommunikations- und Kollaborationswerkzeuge ihre Funktionsfähigkeit entfaltet. Die „Atomi-

sierung der Mitgliedschaft“ (Katz/Mair 1995:21) wird so bis an ihre denkbare Grenze ausgereizt. Diese Grundidee, die Gestaltung seiner Organisationsumwelt dem Mitglied selbst zu überlassen und ihn zum alleinigen Träger der der Entscheidungsgewalt zu erheben, ist die eigentliche organisatorische Novität der Piratenpartei und kommt dem Ideal politischer Gleichheit auf den ersten Blick nahe.

Letztlich scheitert die Partei jedoch an einer praktikablen Verknüpfung ihrer atomistischen Mitgliedskonzeption mit den durch das Parteiengesetz vorgegebenen Entscheidungsprozeduren. Die Transmission der Beratungsergebnisse aus den informellen Arbeitseinheiten des dynamischen Piraten-Netzwerks in verbindliche Beschlüsse offenbart sich als fatale Leerstelle. Denn erst mit der Zusammenkunft aller Mitglieder als Träger der Entscheidungsgewalt werden verbindliche Beschlüsse möglich. Grundsätzlich stellt sich bei anhaltendem Organisationswachstum die Frage, wie lange das Vollversammlungsprinzip insbesondere auf Bundesebene noch Bestand haben kann, da bereits die Durchführung von zwei Parteitagen im Jahr die Partei an ihre organisatorische und finanzielle Belastungsgrenze führt. Bereits jetzt wirkt die Mitgliederversammlung als einzigem Ort der Entscheidung als institutionalisiertes Nadelöhr, das die Möglichkeit zur Ausübung der Mitgliedsrechte auf diesen Punkt verengt. Vor allem bedeutet es eine selbst verordnete, dauerhafte Sprachlosigkeit, die mit den politischen Erfordernissen der Mediengesellschaft inkompatibel ist. Steht nicht gerade einer der seltenen Parteitage vor der Tür, kann die Partei auf neue Entwicklungen nicht reagieren. Die Piratenpartei löst das Delegationsproblem auf Kosten politischer Handlungsfähigkeit. Dieser konzeptionelle Webfehler bedroht nicht nur ihre Konkurrenzfähigkeit im Parteienwettbewerb, sondern auch und gerade das Ideal der politischen Gleichheit, zu dessen Zweck die Konstruktion errichtet wurde.

Der Verzicht auf eine mediale Außenkommunikation lässt eine Lücke, die dazu nicht legitimierte Parteiakteure geradezu herausfordert öffentlich als Sprachrohr der Partei zu wirken. Carty und

Cross (2006) beobachteten im kanadischen Parteiensystem, wie atomistische Mitgliedskonzeptionen einen institutionell angelegten Konflikt zwischen party in public office und party on the ground bei gleichzeitiger Marginalisierung der party in central office hervorrufen. Parlamentsfraktionen verfügen auf Grund ihrer fachpolitischen Expertise und des professionellen Mitarbeiterstabes über die nötigen Ressourcen um im politischen Alltagsgeschäft Positionen im Namen der Partei zu formulieren und öffentlich zu vertreten. Es erscheint auch in der Piratenpartei nicht als unrealistisches Szenario, dass die Fraktionen als party in public office ihre weitgehende Autonomie nutzen, um das durch die seltenen Mitgliederversammlungen geöffnete Machtvakuum zu füllen und die Rolle eines innerparteilichen Taktgebers einzunehmen. Damit würde sich jedoch in der Piratenpartei eine neue Klasse von Vertretern über die Parteibasis erheben und eine Machtballung in den Händen einer Partielite ergeben, zu dessen Überwindung die Partei angetreten war.

## Literatur

- Beyme, Klaus von (2000): Parteien im Wandel, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Bieber, Christoph (2012): Die Piratenpartei als neue Akteurin im Parteiensystem, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 62/7, S. 27-33.
- Bieber, Christoph; Lewitzki, Markus (2012a): Das Kommunikationsmanagement der Piraten, in: Niedermayer, Oskar (Hg.): *Die Piratenpartei*, Wiesbaden: VS-Verlag, S. 101-124.
- Bieber, Christoph; Lewitzki, Markus (2012b): Die Piratenpartei: Organisieren ohne Organisation? In: Korte, Karl-Rudolf; Treibel, Jan (Hg.): *Wie entscheiden Parteien. Zeitschrift für Politikwissenschaft Sonderheft 2012*, Baden-Baden: Nomos, S. 219-246.
- Bluhm, Harald; Krause, Skadi (Hg.) (2012): Robert Michels' Soziologie des Parteiwesens: Oligarchien und Eliten - die Kehrseiten moderner Demokratie, Wiesbaden: VS Verlag.
- Borchert, Jens (2012): Michels' Parteiensoziologie und das prekäre Gleichheitsversprechen der Demokratie, in: Bluhm, Harald; Krause, Skadi (Hg.): *Robert Michels' Soziologie des Parteiwesens: Oligarchien und Eliten - die Kehrseiten moderner Demokratie*, Wiesbaden: VS-Verlag, S. 264-277.
- Brodacz, André; Pintz, Anne; Schmelzer, Thomas (2012): Versuch über die Grenzen eines selbstreflexiven Umgangs mit dem ehernen Gesetz der Oligarchie - ein Vergleich zwischen Greenpeace Deutschland und den Grünen, in: Bluhm, Harald; Krause, Skadi (Hg.): *Robert Michels' Soziologie des Parteiwesens: Oligarchien und Eliten - die Kehrseiten moderner Demokratie*, Wiesbaden: VS-Verlag, S. 278-292.
- Buck, Sebastian (2012): Liquid Democracy - eine Realisierung deliberativer Hoffnungen? Zum Selbstverständnis der Piratenpartei, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 43/3, S. 626-635.
- Carty, Kenneth R.; Cross, William (2006): Can Stratarchically Organized Parties be Democratic? The Canadian Case, in: *Journal of Elections, Public Opinion and Parties*, 16/2, S. 93-113.
- Hartleb, Florian (2012): Im Takt der Piraten. Eine neue Partei zeigt den alten, wie wenig sie Mitglieder und Bürger an Entscheidungen beteiligen, in: *Süddeutsche Zeitung*, 13. März, S. 2.
- Hornig, Eike-Christian (2008): Die Spätphase der Mitgliederparteien in Westeuropa, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 37/1, S. 45-62.
- Jabbusch, Sebastian (o. J.): Liquid Democracy in der Piratenpartei: Eine neue Chance für innerparteiliche Demokratie im 21. Jahrhundert? Magisterarbeit. Universität Greifswald, Stand 01.06.12.

- Katz, Richard S.; Mair, Peter (1995): Changing Models of Party Organization and Party Democracy. The Emergence of the Cartel Party, in: *Party Politics*, 1/1, S. 5-28.
- Knobloch, Jörn (2011): Politiknetzwerke und das Geheimnis. Die Legitimation der Nicht-Öffentlichkeit in der Demokratie, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 21/1, S. 5-32.
- Korte, Karl-Rudolf (2011): Eine Zeitkrise des Politischen: Über die Zeitkrise im Superwahljahr 2011. URL: <http://www.regierungsforschung.de/dx/public/article.html?id=142>, Stand 02.08.12.
- Lamla, Jörn; Rosa, Hartmut (2012): Beschleunigungsphänomen und demokratisches Experiment: Auf welche Problemlage reagieren die Piraten? In: Bieber, Christoph; Leggewie, Claus (Hg.): *Unter Piraten: Erkundungen in einer neuen politischen Arena*, Bielefeld: transcript, S. 175-186.
- Linz, Juan J.; Chehabi, Houchang E. (2006): *Robert Michels, political sociology, and the future of democracy*. New Brunswick, NJ: Transaction Publ.
- Lipset, Seymour M. (1962): *Michels' Theory of Political Parties*, New York: The Free Press.
- Lösche, Peter (1993). Lose verkoppelte Anarchie. Zur aktuellen Situation von Volksparteien am Beispiel der SPD, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 43/43, S. 34-45.
- Michels, Robert (1911): *Zur Soziologie des Parteiwesens in modernen Demokratien: Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens*, Leipzig: Klinkhart.
- Niedermayer, Oskar (1993): Innerparteiliche Demokratie, in: Niedermayer, Oskar (Hg.): *Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 230-250.
- Niedermayer, Oskar (2012). Organisationsstruktur, Finanzen und Personal der Piratenpartei, in: Niedermayer, Oskar (Hg.): *Die Piratenpartei*, Wiesbaden: VS-Verlag, S. 81-100.
- Onken, Holger; Schneider, Sebastian H. (2012): Entern, kentern oder auflaufen? Zu den Aussichten der Piratenpartei im deutschen Parteiensystem, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 43/3, S. 609-625.
- Panbianco, Angelo (1988): *Political parties: Organization and power*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Pfetsch, Frank R.; Kreiße, Thomas; Stachura, Mateus (2003): *Theoretiker der Politik: Von Platon bis Habermas*, Paderborn: Fink (UTB).
- Piratenpartei Deutschland (2012): *Bundessatzung*. URL: <https://wiki.piratenpartei.de/Bundessatzung>, Stand 15.08.12.
- Popp, Andreas (2012): *Das Problem der kleinen Königreiche*. URL: <https://andipoppp.wordpress.com/2012/06/05/das-problem-der-kleinen-konigreiche/>, Stand 28.06.12.

- Sartori, Giovanni (1992): *Demokratietheorie*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Siri, Jasmin (2012): *Parteien: Zur Soziologie einer politischen Form*, Wiesbaden: VS-Verlag.
- Wiesendahl, Elmar (2010): *Zwei Dekaden Party Change-Forschung. Eine kritische Bilanz: Krise oder Wandel der Parteiendemokratie?* in: Gehne, David; Spier, Tim (Hg.): *Krise oder Wandel der Parteiendemokratie*, VS-Verlag, S. 92-118.